

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

D E

Arbeitslosenheer wächst

Annähernd 300 000 neue Arbeitslose in der zweiten Dezemberhälfte — Nur noch 28 Prozent im Genuß der Hauptversicherung — 40 Prozent ausgesteuert

5 349 000 Arbeitslose

Die Arbeitslosigkeit zeigt in der zweiten Hälfte des Monats Dezember ein rasches Anwachsen. Die Zunahme belief sich nach dem Bericht der Reichsanstalt auf rd. 290 000, womit eine Arbeitslosenziffer von rund 5 349 000 erreicht wurde. In der gleichen Zeit des Vorjahres war die Zunahme mit rund 278 000 neu gemeldeten Arbeitslosen allerdings nur um wenig geringer, ging aber von einem sehr viel tieferen Stand aus.

Der Anteil der überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufe ist in der ersten Dezemberhälfte rascher (um 4,2 Proz.) als in der zweiten Novemberhälfte (um 1,8 Proz.) gestiegen. Neben der Beendigung des Weihnachtsgeschäftes in vielen Industrien haben besonders die internationalen Währungsschwierigkeiten und die Schutzmaßnahmen wichtiger Abnehmerstaaten ungünstig auf den deutschen Arbeitsmarkt eingewirkt.

Die Belastung von Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge hat zusammen um etwa 158 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen. Nach den Meldungen der Arbeitsämter wurden in der Arbeitslosenversicherung

am 15. Dezember 1931 rund 1 484 000 Hauptunterstützungsempfänger (Zunahme rund 118 000) gezählt, während in der Krisenfürsorge nach einer Zunahme um rund 40 000 etwa 1 446 000 Hauptunterstützungsempfänger betreut wurden.

Alle Umstände deuten darauf hin, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit sich schon in der allernächsten Zeit noch ungleich rascher vermehrt. Das besonders Beunruhigende bei dieser Entwicklung ist die Tatsache, daß ein immer geringer werdender Prozentsatz der Arbeitslosen im Genuß der Hauptunterstützung der Arbeitslosenversicherung steht. Schon am 15. Dezember waren es nur noch 28 Proz. Der Prozentsatz der Krisenunterstützten liegt noch eine Kleinigkeit darunter, so daß beinahe die Hälfte aller Arbeitslosen auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen ist.

Ein anschauliches Bild hierzu liefert eine Uebersicht, die soeben für Preußen veröffentlicht wird, sich allerdings auf den Stand vom 30. November bezieht. Danach sind an diesem Tage bei den preußischen Gemeinden

999 585 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gezählt worden gegenüber 920 408 am Ende des Vormonats, so daß sich im November eine Zunahme um 79 177 oder 8,6 v. H. ergibt, die noch etwas stärker ist als der Zugang im Oktober (71 282) und den im Vergleichsmonat des Vorjahres (42 748) bei weitem übertrifft. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 26,2 Wohlfahrtserwerbslose. Gegen den 30. November 1930 hat sich die Wohlfahrtserwerbslosenzahl um 472 609 oder 89,7 v. H. erhöht. Einschließlich der unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen, deren Anerkennung durch das Arbeitsamt nur am Stichtage noch nicht ausgesprochen gewesen ist (Ende November 19 858), sowie der stättigen Fälle (5360), ist die Gesamtzahl der von den preußischen Bezirksfürsorgeverbänden laufend unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen von rund 939 000 Ende Oktober auf 1 025 000 Ende November angewachsen. Ueberträgt man diese Ziffern auf das Reich, so wäre mit einem Gesamtheer von Wohlfahrtsunterstützten in Höhe von rund 1½ Millionen zu rechnen.

Falschspieler Die Reparationkrise als Vorwand

† Berlin, 23. Dezember.

Der Weltkapitalismus hat sich in eine immer engere Sackgasse verrannt. Nach dem Krieg, der ungeheuren Vergeudung von Werten, ein gewaltiger industrieller Aufschwung. Ueberall galt es Löcher zu stopfen, der Warenaustausch fluktuierte, wenigstens für einen Teil der Siegermächte. Amerika wurde vom Weltschuldner zum Weltgläubiger. Gold strömte ihm von allen Seiten zu. Das Land des Dollars war der eigentliche Kriegsgewinnler, England, dem der Krieg wertvolle Kolonialgebiete in den Schoß geworfen hat, dessen Flotte sich vergrößern, England, das den Gürtel um sein Weltreich von der Land- und Seeseite her enger schmieden konnte, sah doch die Gefahr, die ihm als Vormacht des internationalen Finanzverkehrs drohte. Die City, das heißt die englischen Finanzleute, hielten deshalb am Goldstandard des Pfunds fest, England war infolgedessen auch das erste Land, das die Folgen der Deflation zu tragen hatte. Es hoffte, diese Verluste ausgleichen zu können durch seine Gewinne als internationales Finanzzentrum. Andere europäische Mächte stürzten sich in die rettenden Arme der Inflation, regten so künstlich den Export an und wurden — Deutschland in der Welt voran — ihre Schulden los. Es folgte nach dieser Pflanzkur, die die Arbeiterschaft und die Rentnerklasse so teuer bezahlen mußte, die Zeit der „Prosperität“, der verschiedenen „Wirtschaftswunder“, die auch in Kreisen der Arbeiterschaft, vor allem ihrer

Die Gasarbeiter stoßen weiter vor

Betriebsarbeiter, schließt euch an! Der Berliner Betriebsrätekongreß muß gefordert werden!

Berlin, 23. Dezember

Der außerordentlich aktive Betriebsrat der Berliner Gaswerke, über dessen begrüßenswerten Aktion wir hier kürzlich bereits berichteten, hat gestern sehr entschiedene Stellung genommen gegen die neue Notverordnung. Er nahm, wie er dem Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei mitteilt, die folgende Resolution an:

„Der am 22. Dezember 1931 tagende Arbeiterrat der Berliner Städtischen Gaswerke Akt.-Ges. protestiert mit aller Schärfe gegen die 4. Notverordnung des Reichspräsidenten, und zwar gegen den Teil, der wiederum eine zehnpromzentige Lohn- und Gehaltssenkung vorsieht, des weiteren die Sozialversicherung fast vollständig zerschlägt.

Wir fordern von den Arbeiterparteien sowohl wie von den freien Gewerkschaften, ADGB, Afa-Bund und ADB, sich sofort mit allen Mitteln gegen diese Verschlechterung zur Wehr zu setzen.

Um die Angriffe abwehren zu können, fordern wir unsere Gesamtbelegschaft auf, sich geschlossen hinter die freien Gewerkschaften zu stellen.“

Die Sozialistische Arbeiterpartei begrüßt dieses Vorgehen des Betriebsrats aufs wärmste. Sie sieht in diesen gemeinsamen Entschlüssen von Proleten der verschiedensten Parteirichtungen die notwendige Grundlage für die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse. Der Vorstand unserer Partei wird daher in seinem Antwortschreiben von neuem zum Ausdruck bringen, daß er das Vorgehen der Gasarbeiter in jeder Beziehung unterstützen wird.

Von größter Bedeutung ist es jetzt, daß die Arbeiter der anderen Betriebe sich dem Vorgehen der Berliner Gasarbeiter anschließen und ebenfalls mit der Forderung nach gemeinsamem Vorgehen der Parteien und Gewerkschaften gegen die ausbeuterische Notverordnung und ihre verelende Wirkung heraustreten. Vor allem schiene uns bedeutungsvoll, daß zur Vertiefung der Wirkung ihres Vorgehens die Gasarbeiter und die Proleten in den übrigen Betrieben die Forderung nach einem Groß-Berliner Betriebsrätekongreß erheben, auf dem eine einheitliche Stellungnahme der Berliner Arbeiterschaft zu dem verheerenden neuen Verelendungsfeldzug herbeigeführt werden und die Kampffront aller Arbeiter über die Parteierklüftung hinweg geschlossen werden kann.

Die Saboteure der Einheitsfront

Dem „Vorwärts“ ist die Resolution der Gasarbeiter in die Glieder gefahren. Er weiß in einer kurzen Notiz nicht mehr darüber zu melden, als daß die KPD die RGO „gerüffelt“ hat. Wichtiger als die Bildung der Einheitsfront ist dem „Vorwärts“ die angebliche Uneinigkeit in der KPD. Zu mehr als einer höhnischen Genugtuung darüber, daß durch die Schuld der KPD das Einheitsfrontstreben der Arbeiter wieder einmal sabotiert worden ist, reicht es bei der SPD nicht mehr.

Wieder ein schlagender Beweis mehr für unsere Auffassung, daß die Apparate der Parteien sich sogar über einen so klar gefaßten Beschluß der Arbeiter hinwegsetzen, daß die Einheitsfront nur von den Massen

selbst unter Ausschaltung jedes Parteiegoismus herzustellen ist.

Von gleicher trauriger Bedeutung ist es, wenn die Bezirksleitung der KPD in ihrem am Sonntag veröffentlichten und von uns bereits erwähnten Antwortschreiben,

die kommunistischen Arbeiterräte noch besonders rüffelt,

die es gewagt haben, einer einheitlichen Arbeiterfront zuzustimmen. Es heißt in der Antwort der KPD:

„Wir sagen offen: es war ein großer Fehler, daß Kollege Neidhardt in der Sitzung des Arbeiterrats die sozialdemokratischen Vorschläge zur Verhinderung der Einheitsfront (!! d. R. d. SAZ) unterstützte, und daß die anderen roten Arbeiterräte letzten Endes ebenfalls der Entschließung zustimmten.“

Es ist im Gegenteil der für die Arbeiterklasse vernichtend schwere Fehler der KPD, daß sie jede werdende Einheitsfront vom ersten Augenblick an zu ersticken versucht. Die Sozialistische Arbeiterpartei dagegen wird nach wie vor ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß dem Einheitswillen der Ausgebeuteten endlich Erfüllung wird!

Auch der KPO der Parteiladen wichtige: als die Einheitsfront

Der „Arbeiter-Politik“ paßt es ganz und gar nicht, daß die „SAZ“ an dem praktischen Beispiel der Entschließung der Berliner Gasarbeiter die verschiedenartige Einstellung der Arbeiterparteien zur Parole der Einheitsfront und zu ihrer praktischen Verwirklichung aufgezeigt hat. Sie macht uns in einem verlegenen Schrieb den Vorwurf, wir hätten die Ent-

schließung der Gasarbeiter, die uns am 9. Dezember zugegangen wäre, erst gut ablagern lassen und seien erst nach vollen dreizehn Tagen darauf zu sprechen gekommen. Wir stellen fest, daß die Entschließung unserer Zeitung, der „SAZ“, nicht erst am 9. Dezember, sondern bereits am 26. November zugegangen ist, und daß wir sie sofort in unserer Nummer 22 vom 27. November 1931 abgedruckt haben. Dazu war von uns folgendes Memorandum geschrieben worden:

„Wir begrüßen es, daß die Genossen in den Betrieben dazu übergehen, Stellung zu den politischen Tagesereignissen zu nehmen. Wir stehen als Sozialistische Arbeiterpartei bereit, mit allen Mitteln den Kampf der Betriebsarbeiter gegen die faschistische Mordpest zu unterstützen.“

Ob die Gewerkschaftsbürokratie jedoch den Ruf nach revolutionärem Widerstand gegen den Faschistenterror hören und Schritte zu einer proletarischen Einheitsfront unternehmen wird, scheint uns zweifelhaft.

Auf jeden Fall wird jeder Versuch zur Bildung einer gemeinsamen revolutionären Kampffront die Unterstützung der Sozialistischen Arbeiterpartei finden.“

Wenn die „Arbeiter-Politik“ uns verdächtigen will, daß wir es mit der Einheitsfront des Proletariats nicht ernst meinen — weil wir jetzt, nachdem sich die Gasarbeiter noch einmal ausdrücklich an unsere Partei gewendet hatten, nochmals besonders Stellung nahmen — und daß für uns dieser Begriff nur ein demagogisches Manöver sei, so muß sie wenigstens vorsichtiger schwindeln, als sie es in diesem Fall getan hat.

Die Arbeiter aber mögen erkennen, daß SPD, KPD und KPO wieder einmal hübsch in einer Front — gegen die Einheitsfront des Proletariats marschiert sind.

Führerschaft, die Jahrzehntelangen Lehren wirtschaftlicher Erkenntnis vergessen und zum alten Eisen werfen ließ. Man glaubte an die Stabilität des Kapitalismus, an eine krisenlose Wirtschaft in seinem Zeichen.

*

Es war die Zeit, wo Usamerika und England — die City in der Hauptsache als Vermittler — Milliarden in das deutsche Wirtschaftsgebiet pumpen, wo auch in Deutschland die „Konjunktur“, wie man glaubte als eine Dauererscheinung, anbrach. Wie damals, die kapitalistischen Mächte sinnlos walteten, ist heute kein Geheimnis mehr. Auch das braucht nicht rekapituliert zu werden, wie der Krach an einer Stelle einsetzte, wie er sich als eine Sturmflut fortpflanzte, wie die Krise um sich griff, und nach und nach ein Land nach dem andern in ihren Strudel zog. Der internationale Wirtschaftsapparat fing an zu knarren, seine Räder bewegten sich nicht mehr. Aber statt internationalen Ausgleich zu schaffen, planmäßig Industrie und Landwirtschaft im Weltmaßstab zu rationalisieren und zu organisieren, baute ein Land nach dem andern Zollmauern um sich, förderte seine „Nationalwirtschaft“, suchte den Export zu forcieren, den Import zu drosseln, was selbstverständlich den allgemeinen Zusammenbruch nur beschleunigte, trotzdem aber die sinnlose Idee von der Autarkie, der nationalen Selbstgenügsamkeit, im Zeitalter der Weltwirtschaft zu einer „nationalen“ Ehrenpflicht machte. Es ist bezeichnend, daß ein Vertreter des Kapitals wie Herr Laval, diesen wirtschaftlichen Wahnsinn wohl erkennt und trotzdem ihn fördern muß. Es zeigt sich hierin das Unvermögen des Kapitalismus, zu einer Planwirtschaft zu kommen, selbst wenn er die Notwendigkeit dazu erfährt. Eine solche Aktion würde aber zu seiner Selbstaufgabe, zu seiner Selbstaufhebung führen. Im Zeichen des Kapitalismus ist sie denkbar nur unter der monopolistischen Vorherrschaft einer Macht, eine Entwicklung übrigens, die anscheinend Usamerika als Ziel im Auge hat. Aber auch Usamerika ist an die anderen Wirtschaften auf Gedeih und Verderb angeschlossen, ist von ihnen auch als Gläubiger abhängig.

*

Das zeigt die jüngste Entwicklung, die man gemeinlich wenn auch falsch als Reparationskrise bezeichnet. Es muß scharf betont werden, daß die Reparationsfrage nur ein verhältnismäßig kleines Teilgebiet dieser ganzen kapitalistischen Strukturkrise, des im tiefsten gestörten Ausgleichs der Wirtschaftsbereiche ist. Ein Symptom, eine sekundäre Erscheinung ist auch die einseitige Verteilung des Geldes, ist der einseitige Kapitalfluß nach den Hauptzentren Usamerika und Frankreich. Das alles gilt es festzuhalten, wenn man die gegenwärtigen Verhandlungen über Reparationen, interalliierte Schulden, Hoovermoratorium, kurzfristige Kredite usw. verstehen will.

Ideologisch, das muß man feststellen, hat die deutsche kapitalistische Klasse einen gewissen Sieg erfochten. Es ist ihr innerpolitisch gelungen, eine Einheitsfront gegen die „Tribute“, d. h. praktisch gegen Frankreich, herzustellen; es ist ihr auch gelungen, einen großen Teil der auswärtigen Mächte in das revisionistische Fahrwasser hineinzusteuern. Freilich kein Sieg von Dauer, ein Sieg sehr vorübergehender Natur, der ähnlich wie 1918 mit einer eklatanten Niederlage zu enden droht. Einer Niederlage, deren materielle Folgen selbstverständlich wieder auf das Proletariat genau wie damals abgewälzt werden sollen, womit ja bereits begonnen ist.

Wie sind die Tatsachen? Die letzte Formulierung ist in Basel noch nicht gefunden. Man kann jedoch schon jetzt voraussagen, daß sie keineswegs den deutschen Erwartungen entsprechen wird. Man wird wahrscheinlich die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands als eine vorübergehende feststellen, die Pflicht zur Zahlung von Reparationen nicht antasten. Entscheidung kann erst die Regierungskonferenz bringen, die wohl Mitte Januar stattfinden wird.

Wie wird dann die Situation sein? Usamerika hat abgelehnt, sich auf Streichung der Schulden einzulassen. Damit ist die Stellung Englands in der Reparationsfrage gewandelt. Seine Bereitschaft ging ja nur dahin, auf Reparationen insoweit zu verzichten, als seine Schuldverpflichtung an Amerika — die durch den Pfundsturz wesentlich höher geworden ist — gemildert bzw. gestrichen wird. Den gleichen Standpunkt ungefähr nimmt Frankreich ein mit dem Unterschied, daß es auf einem bestimmten Teil der Reparationen unbedingt besteht. Es sei hier eingeschaltet, daß von dem gesamten Reparationsempfang Frankreich höchstens 200 bis 300 Millionen für seine eigenen Zwecke, das heißt zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, übrig bleiben.

Die deutsche Regierung, wie immer sie aussehen mag, wird also erleben, daß man ihr bei der kommenden Regierungskonferenz unter Hinweis auf die Haltung Usamerikas kaltblütig die Rechnung präsentiert, daß England nicht daran denkt, sich schützend vor oder hinter Deutschland zu stellen, und daß Usamerika nichts anderes tun wird als grundsätzlich auf seinen Forderungen zu beharren. Man wird sich im günstigsten Fall auf eine Verlängerung des am 1. Juli ablaufenden Hoover-Moratoriums einigen, vorausgesetzt daß Dollarika dazu seine Zustimmung gibt.

Lohnzahlung bei Borsig noch ungewiß

Auch die Betriebskrankenkasse pleite?

Berlin, 23. Dezember.

Bis zur Stunde ist noch immer ungewiß, ob und inwieweit die Borsigwerke morgen instand sind, die fälligen Löhne auszuzahlen. Die Verwaltung kann bisher nur versichern, daß sie bemüht ist, den hierzu notwendigen Betrag herbeizuschaffen, wobei hoffentlich auch die privaten Bankkonten der beiden Betriebsinhaber nicht übersehen werden. Insgesamt wird ein Betrag von 150 000 Mark benötigt. Wenige Tage später werden aber auch die Gehälter im Gesamtbetrag von 300 000 Mark fällig und wie diese Summe beschafft werden soll, ist womöglich ein noch größeres Rätsel. Wohl ist anzunehmen, daß die Firma über größere Außenstände verfügt, aber einmal ist fraglich, ob diese schon innerhalb so kurzer Zeit fällig werden und andererseits ist nicht minder fraglich, ob die Schuldner auch wirklich zahlungsfähig oder -willig sind.

Auch diese Möglichkeiten machen es dringend notwendig, daß der Betriebsrat des Werkes sich nicht darauf beschränkt, dem weiteren Gang der Dinge mit verschränkten Armen zuzusehen, sondern aktiv eingreift.

Schon der bloße Gedanke, daß die Hoch- und Höchstbesoldeten des Werkes wohl für ihre

Taschen sorgen, das Gros der kleinen Angestellten aber das Nachsehen hat, wäre empörend.

Einen besonderen Gegenstand der Beunruhigung bildet noch immer die Werkskasse, mit der sich eine zum heutigen Abend vom Betriebsrat einberufene Versammlung beschäftigen wird. Die Direktion hat hierzu die Erstattung eines eingehenden Berichts über die Lage des Werks in Aussicht gestellt. Es ist im Interesse der Belegschaft zu fordern, daß diese Gelegenheit wahrgenommen wird, nicht nur um das skandalöse Verhalten der Betriebsleitung entsprechend zu brandmarken, sondern auch

die weitestgehenden Kontrollrechte über den Betrieb zu fordern,

ein Verlangen, dem sich die Firma nach Lage der Dinge unmöglich entziehen kann.

Ein solches Vorgehen erfordert auch nicht nur das Interesse der Werksparer, sondern das Gesamtinteresse der Borsig-Belegschaft, wie nicht zuletzt auch der Werkpensionäre. Wie sehr deren Schicksal von dem Zusammenbruch berührt wird, erhellt soeben eine grundsätzliche Entscheidung des Reichsgerichts, die geeignet ist, gerade bei den 600 Pensionisten des Tegeler Werks allergrößte Beunruhigung hervorzurufen. Im Gegensatz zum Arbeits- und Landesarbeitsgericht, die

das Ruhegehalt als ein nachträgliches Entgelt für die Gesamtheit der früheren Dienstleistungen betrachten, entschied nämlich das Reichsgericht dahin, daß Ruhegehaltsempfänger den übrigen Gläubigern und Kreditgebern des Unternehmens gleichzustellen seien, und daß somit das Ruhegehalt nicht etwa wie der Lohn unter die bevorrechtigten Forderungen zählt. Diese Entscheidung ist aus Anlaß der Klage eines anderen großen Privatunternehmens gefällt worden, das ebenfalls vom Pleitegeier aufgefressen wurde. Es ist darum anzunehmen, daß die Entscheidung auch auf die Pensionsansprüche gegenüber dem Borsigwerk Anwendung findet, so daß tatsächlich die 600 Pensionäre im besten Falle nur noch einige Bettelpennige zur Fristung ihres Lebensabends erhalten.

Fraglich ist auch noch

das Schicksal der Betriebskrankenkasse

des Werkes, deren Lage möglicherweise sich in nichts von der der Werkskassen und des Pensionsfonds unterscheidet. Es stehen also bei Borsig breitere Interessen auf dem Spiel, und da die Leitung des Werks hinreichend bewiesen hat, daß sie keinerlei Vertrauen verdient, muß der Betriebsrat handeln und sofort alle jene Garantien schaffen, die die Belegschaft gegen eine weitere Ausplünderung sichern.

Genossin Frankenthal kommt zur SAP!

Ebenso leitender sozialdemokratischer Redakteur

Das Mitglied des Preußischen Landtags, Dr. Käthe Frankenthal, hat ihren Austritt aus der SPD erklärt und sich der SAP angeschlossen.

Genossin Frankenthal ist seit 18 Jahren Mitglied der SPD; sie gehörte jahrelang der Stadtverordnetenfraktion an, aus der sie infolge der Uebernahme des Landtagsmandats ausschied. Sie wirkt als Fürsorgeärztin im Bezirk Neukölln.

Genossin Frankenthal begründet ihren Austritt aus der SPD mit der von dieser seit dem September 1930 betriebenen Politik, für die sie die Verantwortung nicht mehr tragen kann, um so mehr, als der von den Beschlüssen der leitenden Instanzen abweichende Wille der Mitgliedschaft innerhalb der Partei nicht mehr zum Ausdruck kommen kann. Genossin

Frankenthal erklärt es für ihre Pflicht, diejenige Partei zu unterstützen, die ernsthaft den Kampf gegen Faschismus und Massenausbeutung zu führen bereit ist.

Wir bringen morgen ihre Uebertrittserklärung im Wortlaut.

Der „Vorwärts“ teilt den Uebertritt mit der Bemerkung mit, daß damit die SAP ihren ersten Vertreter im Preußischen Landtag habe. Er scheint selbst zu ahnen, daß es nicht der letzte bleiben wird.

*

In Minden ist der bisherige leitende Redakteur der sozialdemokratischen „Weser-Warte“, Genosse Kittel aus der SPD ausgetreten und hat um seine Aufnahme in die SAP nachgesucht.

Für die revolutionäre Einheit

Genosse Dr. Ewald Fabian von der KPD zur SAP

Soeben teilt uns der Genosse Dr. Ewald Fabian seinen Austritt aus der KPDO und seinen Eintritt in die Sozialistische Arbeiterpartei mit. Ewald Fabian steht an führender Stelle im Verband Sozialistischer Aerzte, dessen Vorstand er angehört, und ist der Schriftleiter von dessen Verbandsorgan „Der sozialistische Arzt“. Ewald Fabian war schon vor dem Kriege jahrelang Ortsgruppenvorsitzender der SPD in Wilmesdorf, gehörte später zum marxistisch-radikalen Flügel der USP; bei deren Spaltung ging er zur KPD, mit dem Willen, dort die einheitliche, revolutionäre, marxistisch geführte Massenpartei des Proletariats zu schaffen. Er gehörte zu den besten Köpfen der KPDO.

Fabian hat der KPD seinen Austritt mit folgendem Schreiben mitgeteilt:

Werte Genossen!

Der Verlauf der letzten Reichskonferenz hat noch deutlicher als die bisherige Haltung der Mehrheit der Gruppe gezeigt, daß ihre

selbständige Erhaltung in keiner Weise mehr gerechtfertigt ist. Manche führende Genossen trennen von der KPD so unwesentliche taktische Differenzen, daß die Aufgabe der Sonderorganisation mit Presse usw. und möglichst die Rückkehr zur KPD eigentlich logische Selbstverständlichkeiten wären. Andere, zu denen ich gehöre, sehen in der Sozialistischen Arbeiterpartei die Möglichkeit, eine wirkliche kommunistische Massenpartei herauszubilden. Ohne die groben und unsinnigen Fehler der Komintern und der KPD kann sie

die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus sammeln und zur Eroberung der Macht führen.

Ich glaube, daß man die abwartende Haltung aufgeben und schon heute die starke Richtung in der SAP tatkräftig unterstützen muß. Aus diesen Gründen erkläre ich hierdurch meinen Austritt aus der KPDO und hoffe, in dem anderen Parteikreis mit vielen bisherigen Genußgenossen für die alten Ziele wirken zu können. Mit kommunistischem Gruß

Ewald Fabian.

Das wäre nichts als eine Zwischenlösung, und die Frage ist, ob das Gebäude der deutschen Politik und Wirtschaft mit Notverordnungsbalken bis dahin gehalten werden kann. Denn die Berliner Konferenz, die über die kurzfristigen Kredite zu verhandeln hat, die sogenannte Stillhaltekonferenz, ist bis dato noch zu keiner Einigung gekommen. Und der Zusammenbruch kann noch früher eintreten, wenn die Brüning-Regierung den Katastrophenpolitikern folgt und zu dem „heroischen“ Nein der Baseler Gläubigekonferenz gegenüber kommt, das diese Helden fordern. Sie braucht nur dem Rezept zu folgen, dessen Quintessenz in den folgenden Worten eines Schlußartikels der DAZ. zum Ausdruck kommt:

„Die nationale Erneuerung, die in Deutschland fortschreitet, ist eine nicht hoch genug zu veranschlagende Unterstützung für diesen außenpolitischen Kampf. Ob Hitler in oder außerhalb der Regierung Brüning steht, ist eine innere Frage, die hier nicht noch einmal erörtert werden soll. Jedenfalls ist seine Bewegung da, und sie wird für Deutschland eingesetzt werden müssen.“

Die Drohung mit dem Hitlerregiment wird nach außen selbstverständlich wirkungslos verpuffen.

*

Anders freilich sehen die Dinge innerpolitisch aus. Gelingt es der Brüning-Regierung, weiterhin die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen

Arbeiterschaft in der „Revisionsfront“ zu halten, sehen die Freien Gewerkschaften, sieht die Sozialdemokratie und sieht die Kommunistische Partei nicht, daß sie in diesem Fall lediglich Schrittmacher für das Hitlerregiment sind, so ist das Zentrum des Widerstands gegen den Faschismus gebrochen. Es wird dann, wie das in einem hohen Grad ja schon geschehen ist, der Kampfwille der Arbeiterschaft abgelenkt nach außen, sie wird infolgedessen für den wichtigsten Kampf, den Kampf gegen den Faschismus, keine Kraft mehr haben. Sie wird wehrloses Opfer der dann ausbrechenden, bisher nur künstlich versteckten und zurückgehaltenen Krise, Opfer des Bankrotts, ob er sich nun in Form einer Inflation oder einer Insolvenzerklärung offenbaren mag.

Denn darum wird Deutschland auf diesem Weg nicht herumkommen. Die ersten Zeichen sind da. Ungarn ist nur ein Vorläufer. Es droht die Zahlungseinstellung der europäischen Staaten. Das Verlassen des Goldstandards durch England, die skandinavischen Länder und Japan sind Warnungszeichen genug. Die künstliche Aufrechterhaltung der Währung in Deutschland bedeutet im Ernstfall nichts.

Daß die Bezwingung der ganzen weltwirtschaftlichen Krise kraft seiner inneren Gesetze dem Kapitalismus nie gelingen kann, ist eine Binsenwahrheit. Trotzdem hat das deutsche, hat das europäische Proletariat großes Interesse an einer

Kommt ein Kohle Zoll?

Die Gewerkschaften auf Abwegen

In der jüngsten Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats wurde u. a. mitgeteilt, daß das Syndikat empfohlen habe,

dem französischen Beispiel folgend, die Kontingentierungspolitik zu verschärfen und durch einen Kohlezoll oder eine andere Auflage auf englische Kohle zu ergänzen.

Der Plan eines Kohlezolls findet leider auch Unterstützung bei dem freigewerkschaftlichen Verband der Bergbauindustriearbeiter. Wenigstens bezeichnet dessen Vertreter im Vorstand des Reichskohlenverbandes in einem Artikel des amtlichen Organs der Gewerkschaft es als ein „notwendiges Uebel“. Dieser Auffassung muß entschieden widersprochen werden. Die Einführung eines Zolles würde den Preisabbau auf einem wichtigen Gebiet illusorisch machen, und zwar zum Nutzen einer Industrie, deren Preise nächst den industriellen Konsumgütern weitaus am höchsten liegen und jedenfalls als stark überhöht zu betrachten sind. Wir verstehen allerdings das gewerkschaftliche Eintreten für Zölle. Es ist von der Hoffnung umgeben, daß hierdurch der Druck der Zeichenherren auf die Löhne und die sozialen Einrichtungen nachlasse, aber praktisch bedeutet dies, daß die Milderung des Drucks auf eine Berufsgruppe — bei der Unersättlichkeit der Bergherren glauben wir nicht einmal daran — auf Kosten eines um so größeren Drucks auf die Gesamtheit der Bevölkerung erfolgt; was wieder auf eine Neubelebung jenes Zweckverbandes hinauslaufen würde, der aus der Inflationszeit gerade vom Bergbau her noch in frischer Erinnerung steht. Viel zweckdienlicher wäre es, wenn der Bergarbeiterverband bei den Unternehmern endlich eine Instanz zur Prüfung der Selbstkosten durchsetzen würden. Zumindest hätte er diese Forderung geltend machen müssen, ehe er den begreiflichen Wünschen der Ruhmagnaten nach Einführung eines Kohlezolls beiträgt.

Geringer Arbeitslosenrückgang in England. Die Zahl der Arbeitslosen belief sich am 14. Dezember auf 2 572 602, d. h. auf 54 722 weniger als in der vorhergehenden Woche.

Regelung des Schuldenproblems in dem Sinne, wie es die Internationale in den ersten Jahren nach dem Kriege oft genug festgelegt hat: Streichung der Kriegsschulden und Begrenzung der Wiedergutmachung auf die Schäden, die die Zivilbevölkerung in der Kriegszone erlitten hat. Die internationale Einheitsfront in diesem Sinne wieder herzustellen, ist eine der dringendsten Aufgaben der Stunde, die in Deutschland nur die Sozialistische Arbeiterpartei bis jetzt erkannt hat. Wiederherstellung dieser internationalen sozialistischen Einheitsfront bedeutet aber Kampf gegen das „nationale“ Kapital, bedeutet für das deutsche Proletariat unbedingte und unverklausulierte Absage an die Front jener „Revisionisten“, die Revision des Versailler Vertrages sagen und Einsetzung des Faschismus meinen.

Das internationale Kapital macht seinen Rettungsversuch gegen sein „nationales“ Proletariat, um es dann wieder international gemeinsam zu schlachten und auszubeuten. Dem kann nur durch klare Erkenntnis der Tatsachen begegnet werden. Hier ist die Sozialistische Arbeiterpartei Führerin.

Schweizer Einfuhrbeschränkungen angenommen. Der Ständerat hat die Vorlage des Bundesrats über Wareneinfuhrbeschränkungen angenommen.

So wirkt die Notverordnung!

Bilder aus dem Arbeiterleben

Mit den folgenden Beiträgen schließen wir vorläufig an dieser Stelle die Schilderungen über die Auswirkungen der vierten Notverordnung ab.

Klarer Fall

Halbdunkel war der Raum und muffig. Es roch nach allerhand halbverdorbenen Resten, auf den Holztischen und auf dem Fußboden standen kleine Bierpfützen, Wurstschalen und anderer Abfall lagen herum.

Die dicke Wirtin hinter der Theke hantierte mißmutig mit den Biergläsern. Immer wieder ein Kreidestrich auf der Tafel — zahlen tat überhaupt niemand mehr. Und dabei war doch erst gestern Stempeltag gewesen. Was daraus nur noch werden sollte?

Ab und zu flogen Karten auf den Tisch. Drei Männer, alle nicht mehr jung, saßen beim Skat. „Ich gebe.“ „Nein, ich.“ Was nur heute mit dem Kerl los war? War doch sonst der beste Spieler von den dreien. Und hatte schon zweimal nicht gemerkt, daß er die besten Karten in der Hand hatte. Die beiden andern wagten nicht, zu fragen. Vielleicht tat ihm sein Bein weh. Vor zwei Jahren hatte er den Unfall auf dem Bau erlitten, und immer, wenn's kalt wurde, spürte er noch etwas.

Die Tür ging auf. Ein Mann mit weißer Mütze wollte Salzstangen verkaufen. Keiner achtete auf ihn. „Schlechtes Geschäft,“ murmelte er, trank rasch einen Korn, zahlte und ging. —

Allmählich wurde es leer. Die Wirtin hätte gern zugemacht, aber die drei saßen och immer beim Skat.

Wieder ging die Tür auf. „Berliner Illustrierte, heute neu, die Weihnachtsnummer, nur zehn Pfennig! Morgenpost, neueste Ausgabe! Die neue Notverordnung, vollständiger Text, nur zwanzig Pfennig!“

Die Karten flogen auf den Fußboden, Biergläser gingen in Scherben, Karl war aufgesprungen, hatte seinen Stuhl ergriffen und ging auf den Zeitungshändler los. „Verdammt Hund...“ Die andern warfen sich dazwischen, aber es war zu spät. Der Zeitungsjunge lag am Boden, die Notverordnung und die Illustrierte um ihn herum. Er blutete. Die Tür stand offen. Draußen sammelten sich Leute. Ein Schupobeamter stand bereits im Lokal.

Karl konnte nicht viel sagen. Aber aus seinem Stammeln und seinen Gesten verstanden die Freunde alles: auf sein Bein zeigte er und auf die Notverordnung. Vor zwei Jahren der Unfall. 20 Prozent Rente und Erwerbslosenunterstützung. Ausgesteuert seit sechs Wochen. Und nun die Notverordnung, ja die, die eben für zwanzig Pfennig angeboten wurde... Er wußte den Paragraphen auswendig, brauchte keine 20 Pfennig zu zahlen. Fünfter Teil, Kapitel 2 § 3: Nach 2 Jahren wird die Rente den 20prozentigen Unfallbeschädigten ohne Entschädigung entzogen. Er weiß es. Es war das Letzte, was er hatte. Die Frau krank. Zwei Kinder, arbeitslos. Und nun kommt der Kerl da... zwanzig Pfennig... für die Notverordnung... da soll einen nicht die Wut packen.

Der Schupo hat keine Geduld. Karl wird abgeführt. Und ein paar Tage später steht er vor Gericht. Erzählt seine Geschichte. Der Richter hat nicht mehr Geduld als der Schupo. Klarer Fall. Körperverletzung. 6 Wochen Gefängnis.

★

Weiterer Abbau der Krankenversicherung

Die 4. Notverordnung setzt den Abbau der Sozialversicherung im beschleunigten Tempo fort. Außer der völligen Beseitigung der kleineren Unfallrenten und vieler Witwenrenten aus der Invalidenversicherung, notverordnet die Regierung diesmal die radikale Beseitigung aller Mehrleistungen der Krankenkassen einschließlich der Ersatzkassen. Vom 1. Januar 1932 darf die Unterstützung erkrankter Kassenmitglieder nur noch 26 Wochen (statt bisher 39 bis 52 Wochen) dauern. Das Hausgeld darf nicht höher als die Hälfte des Krankengeldes sein. Taschengeld, Schwangersengeld, Zuschüsse zu größeren Heil- und Hilfsmitteln gegen Verunstaltung fallen gänzlich fort. Das Sterbegeld, das bisher nach oben bis zum vierzigfachen Betrage des Grundlohns und nach unten bis auf einen Mindestbetrag von 50 Mark begrenzt werden konnte, darf zukünftig nur in zwanzigfacher Höhe des Grundlohnes und ohne Festsetzung eines Mindestbetrages gezahlt werden.

Auch die Familienfürsorge, die erst im vorigen Jahre als gesetzliche Regelleistung für alle Krankenkassen eingeführt wurde, nachdem viele Kassen schon Jahre zuvor aus freien Stücken Familienfürsorge gewährt hatten, wird kräftig abgebaut. Fortan dürfen die

Kassen nur noch 13 Wochen ärztliche Behandlung für die Angehörigen ihrer Mitglieder gewähren, und zwar nur noch für die unterhaltsberechtigten Ehegatten und Kinder des Versicherten. Bisher durften die Kassen nicht nur die Behandlungsdauer bis auf 26 Wochen ausdehnen, sondern auch Krankenhauskosten für die Familienangehörigen übernehmen oder Zuschüsse zu solchen Kosten leisten. Sie konnten auch beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes ihren Mitgliedern Sterbegeld zahlen und sie konnten die Familienfürsorge auch auf andere Familienangehörige, wie die Eltern, Geschwister, Großeltern, Schwiegereltern, ausdehnen. Alles das hört am 1. Januar 1932 auf. Von den Kosten für Arznei und kleine Heilmittel, die der Arzt den Ehegatten oder Kindern der Kassenmitglieder verordnet, dürfen die Kassen zukünftig auch nicht mehr als 50 Prozent (bisher 70 Prozent) erstatten und Zuschüsse zu größeren Heil- oder Hilfsmitteln für solche Familienangehörigen überhaupt nicht mehr leisten. Auch dürfen die Kassen nicht mehr Kosten für die Unterbringung kranker oder erholungsbedürftiger Kinder in Kinderheimen und dergleichen übernehmen. Ueber das Schicksal der Heilstätten und Genesungsheime der Krankenkassen ist noch

nichts bestimmt. Da die Kuren in solchen Heilstätten eine Mehrleistung der Krankenkassen darstellen, ist noch fraglich, ob die Kassen eigenen Anstalten zukünftig noch für die bisherigen Zwecke Verwendung finden dürfen.

Eine Wiedereinführung von Mehrleistungen ist fernerhin nur mit Zustimmung der Obersicherungsämter und nur dann zulässig, wenn die Kassenbeiträge nicht höher wie 5 Prozent sind und dann auch für solche Mehrleistungen ausreichend bleiben. Geblieben ist die Krankenscheingebühr für Mitglieder und Familienangehörige; geblieben ist auch der 50-Pf.-Kostenanteil für Medikamente und Heilmittel für die Kassenmitglieder, das Ruhen des Anspruchs auf Krankengeld für solche Mitglieder, die während einer Krankheit den Arbeitsentgelt fortbeziehen, die vorgeschriebene verschärfte Kontrolle der Erkrankten usw. Geblieben ist vor allem die unerhörte Zersplitterung in 8000 Krankenkassen und -kästchen, in weitere tausende Versicherungsträger der Unfall-, Invaliden-, Angestellten-, Knappschafts- und Arbeitslosenversicherung mit einem ungeheuer aufgeblähten Verwaltungsapparat und einem Bürokratismus, der den sein Recht suchenden

kranken, invaliden oder arbeitslosen Arbeiter zur Verzweiflung bringt.

Die neue Notverordnung macht aber auch den vielen beschäftigungslosen oder wenig beschäftigten jungen Ärzten ein Zugeständnis: bisher wurden nach dem Gutachten des Aerzteausschusses bei Neuzulassung von Kassenärzten auf je 1300 Kassenmitglieder ein Arzt in Rechnung gestellt. Nunmehr soll bereits auf 600 Kassenmitgliedern ein Arzt entfallen. Brelm mit etwa 1400 000 Kassenmitgliedern hatte schon jetzt statt der angemessenen Zahl von 1070 Kassenärzten, deren etwa 4000. Die Bedarfssziffer nach dem 1. Januar beträgt nunmehr 2335 Aerzte, bewegt sich also immer noch sehr beträchtlich unter der Ziffer der schon jetzt vorhandenen und zur Kassenpraxis zugelassenen Aerzte. Eine Wirkung aus der veränderten Verhältniszahl dürfte sich also kaum in den Großstädten, in denen der Aerzteberuf ebenso überfüllt ist wie in Berlin, zeigen. Eher in der Provinz, wohin aber nicht die Sehnsucht vieler junger Aerzte geht. Die Arbeitslosenfürsorge für den Aerzteberuf, die von der 4. Notverordnung angestrebt wird, dürfte sich also im ganzen kaum wirkungsvoller erweisen als alle sonstigen Maßnahmen zur „Ankurbelung der Wirtschaft“.

Deckeneinsturz in der Vatikanischen Bibliothek

Stadt des Vatikans, 22. Dezember.

In einem Teil der Vatikanischen Bibliothek sind an der dem Hof des Belvedere zugekehrten Seite die Decken in drei Stockwerken eingestürzt.

Drei Todesopfer

Stadt des Vatikans, 23. Dezember.

Unter den Trümmern des eingestürzten Teils der Vatikanischen Bibliothek sind die Leichen eines Bibliothekbenutzers und zweier Arbeiter gefunden worden. Die Feuerwehr setzt die Räumungsarbeiten fort.

Begrabener Prunk

WTB. Rom, 23. Dezember.

Bei dem Deckeneinsturz in der Vatikanischen Bibliothek wurden rund 20 000 Bände, bei denen es sich fast ausschließlich um Druckwerke handelt, unter den Trümmern begraben. Die Manuskripte, die bis ins vierte Jahrhundert nach Christus zurückreichen, dürften mit ganz wenigen Ausnahmen unbeschädigt geblieben sein. Die Vitrinen, die diese Handschriften enthalten, sind so aufgestellt, daß von dem Deckeneinsturz über der völlig freigehaltenen Mitte des Saales nur

eine einzige erfaßt worden ist. Zwei von den sieben wertvollen Handschriften, die in ihr aufbewahrt wurden, sind bereits geborgen. Die in dem Stockwerk unter dem Bibliotheksaal befindlichen zahlreichen und sehr kostbaren Geschenke fremder Souveräne an die Päpste sind wahrscheinlich stark beschädigt worden. Unter ihnen befinden sich auch die herrlichen Vasen, die König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen stiftete, sowie eine sehr wertvolle Kreuzigungsgruppe aus Meißener Porzellan, ein Geschenk König Alberts von Sachsen an Leo XIII.

Ueber die Ursachen des Einsturzes ist man vorerst auf Vermutungen angewiesen. Es wird angenommen, daß infolge des Nachgebens von drei Pfeilern im eigentlichen Bibliotheksaal des dritten Stockwerkes das Dach über dem Querflügel eingestürzt ist und dadurch die Katastrophe verursacht wurde.

Die Außenmauern des Querflügels sind unversehrt geblieben, nur die Füllungen der großen Bogenfenster sind zerstört. Nach den bisherigen Feststellungen sind die Wandfresken in den drei Stockwerken so gut wie unbeschädigt, dagegen sind die Deckengemälde vernichtet worden. An den Räumungsarbeiten ist neben der Feuerwehr und der Polizei der Stadt des Vatikans auch die Feuerwehr der Stadt Rom beteiligt. Um jede Brandgefahr zu vermeiden, wurden sofort nach dem Unglück sämtliche in Betracht kommenden elektrischen Leitungen abgestellt.

Der Stuttgarter Schloßbrand

Stuttgart, 22. Dezember.

Nachdem man heute bis in den Abend hinein den Eindruck hatte, als sei der Brandherd im alten Schloß jetzt endgültig auf den östlichen Flügel lokalisiert, loderte das Feuer etwa um 10 Uhr abends neben dem Nordwestturm erneut auf und nahm wieder bedrohliche Formen an. Es ergaben sich dazu noch Schwierigkeiten beim Löschen, da die Feuerwehr an dieser Stelle nicht an das Feuer herankommen kann und die Fenster verschlossen waren; sie leisteten den stärksten Wasserstrahlen Widerstand. Schließlich zog ein Polizeibeamter seinen Dienstrevolver und zerschob die Fensterscheiben. Auch am Südostturm schlugen immer wieder Flammen empor.

★

Auch der Nordwestturm ausgebrannt.

Stuttgart, 23. Dezember.

Gestern abend wurde auch der Nordwestturm des Alten Schlosses vom Feuer ergriffen und brannte vollkommen aus. Die Gefahr, daß die Flammen auf den Nordflügel übergreifen, in dem sich die Kunstsammlungen befinden, ist als beseitigt zu betrachten.

★

Drei Todesopfer.

Stuttgart, 23. Dezember.

Während der vergangenen Nacht haben sich keine weiteren Unfälle mehr ereignet. Einer der schwerverletzten Feuerwehrleute ist gestorben, so daß die Zahl der Todesopfer des Brandes sich bis jetzt auf 3 beläuft.

★

Der Wasserverbrauch bei den Löscharbeiten betrug bis Dienstag abend nach einer Feststellung des Wasserwerks 1,54 Millionen Kubikmeter.

Billigeres Brot

(TU.) Berlin, 22. Dez.

Der Brotpreis ist u. a. in folgenden Städten gesenkt worden: in Halle um 1,3 Pf. pro Kilo, München 4 Pf., Solingen 2 bis 4 Pf., Beuthen 4 Pf., Stuttgart 1 bis 3 Pf., Nürnberg 4 Pf., Wiesbaden 2 Pf., Mannheim 2,6 Pf., Stettin 1,6 Pf.

Ungültigkeitserklärung von Stephan-Postkarten

Berlin, 22. Dezember.

Der Freimarkentempel zu 8 Rpf. auf den am 7. Januar 1931 ausgegebenen Postkarten mit dem Bildnis des Generalpostmeisters von Stephan verliert Ende Dezember seine Gültigkeit. Karten, die die Käufer bis dahin nicht aufgebraucht haben, können während des Monats Januar 1932 bei den Postanstalten gegen Freimarken oder gewöhnliche Postkarten umgetauscht werden.

Nazi in Polen verhaftet

(CNB.) Kattowitz, 23. Dezember.

Im Dorfe Kochtütz, unweit der Grenze im Kreise Lublinitz, wurde der in Beuthen wohnende Viktor Slodczyk von der polnischen Polizei verhaftet, da er angeblich Drohungen gegen Polen ausgesprochen habe. Wie der Polizeibericht meldet, soll Slodczyk Mitglied der NSDAP sein.

Freispruch der Breslauer Genossen!

Im Prozeß gegen unseren Breslauer Parteisekretär, Genossen Rausch, den Lokalredakteur der SAZ, Genossen Pfaff, und den Abteilungsleiter Genossen Kneiff kam es zu einem freisprechenden Urteil. Die Verhandlung mußte bekanntlich vorige Woche wegen des Fernbleibens unserer Genossen vertagt werden. Die nunmehr am Montag geführte Beweisaufnahme erbrachte jedoch nicht den Schatten einer Schuld. Unseren Genossen, die wegen Verstoß gegen die Notverordnung angeklagt waren, weil sie eine proletarische Morgenfeier nicht angemeldet hatten, konnte weder eine vorsätzliche Handlung nachgewiesen werden, noch war die Versammlung im Sinne des Reichsgerichts öffentlich, da sie für einen beschränkten Personenkreis veranstaltet war. Das Gericht er-

kannte daher auf Freispruch, auch für Genossen Pfaff, für den der Staatsanwalt

3 Monate Gefängnis beantragt

hatte, weil er in der nichtangemeldeten Versammlung eine kurze Ansprache gehalten hatte! Aber der Prozeß war ein Beweis dafür, daß, und wie man jetzt auf Grund der Notverordnung gegen die Arbeiterschaft und ihre Funktionäre vorzugehen gedenkt. Im ordentlichen Verfahren wäre die Anklage überhaupt nicht erfolgt.

In einem Punkt freilich pflichten wir auch dem Staatsanwalt bei: Die SAP, so erklärte er wörtlich, ist eine Partei, die die Notverordnung aufs schärfste bekämpft. Ja so ist es, Herr Staatsanwalt. Und daher wohl auch die Anklage!

Der tägliche Lohnabbau

15 Prozent Lohnsenkung im Kalibergbau

Halle, 23. Dezember.

Der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Sonderschlichter Ministerialrat Dr. Classen hat am 22. Dezember für die deutsche Kalibergbau folgende Entscheidung in der Lohnfrage gefällt: Die in der Lohn tafel vom 1. Februar 1929 festgesetzten Lohnsätze werden ab 1. Januar 1932 um 15 Prozent gekürzt. Die Kürzung um 15 Prozent erstreckt sich nicht auf die Leistungsprämien und Zulagen, ferner nicht auf die in dem Arbeitsabkommen vorgesehenen festen Sonderzuschläge.

10 Prozent Heuerabbau

TU. Hamburg, 23. Dez.

Der norddeutsche Schlichter Dr. Stenzel hat für die deutsche Seeschiffahrt einschließlich des Fracht- und Passagierverkehrs auf Grund des Paragraphen 4 der Notverordnung vom 8. Dezember einen Schiedsspruch gefällt, nach dem die Heuern ab 1. Januar 1932 um 10 Proz. herabgesetzt werden. Nur auf der Inlandfahrt tritt eine Ermäßigung um 7,5 Proz. ein. Das Abkommen gilt zunächst bis zum 30. April 1932 und kann mit vierwöchiger Frist gekündigt werden. Wenn der Tarif bis zu diesem Termin nicht gekündigt ist, wird er automatisch um vier Monate verlängert.

Feuilleton der SAZ

Der einzige Weg aus dem Elend:

Arbeitslose pflanzt Stiefmütterchen!

Es ist kein Bierull, den wir uns mit diesem „Rat“ leisten — dazu ist uns das Schicksal und die Not des Proleten denn doch zu teuer —, wir müssen nur berichten, was man über die „Deutsche Welle“ wagt, dem Arbeitslosen, der es schon ist, und den vielen, die es unter dem Kapitalismus zwangsläufig noch werden, zur „Ueberwindung seiner seelischen Not“, bedingt durch die materielle Lage, vorschlagen zu dürfen.

Also da sprach, trotz „Burgfrieden“, ein angeblicher Arbeitsloser, der, wie es hieß, schon drei Jahre mit Unterbrechungen dieses Schicksal erleidet, im Rundfunk über „die seelische Not der Arbeitslosen“. Zwar war es eigentümlich, daß dieser Vortrag bzw. diese Aussprache von der Gröner-Zensur zugelassen wurde, nachdem ein ähnlicher Vortrag, der tags zuvor von dem preußischen Unterrichtsminister Grimme gehalten werden sollte, abgeblasen wurde, wegen angeblicher „Verhinderung“ des Ministers. Aber nachdem man die Ausführungen des besagten Arbeitslosen gehört hatte, wählte man, warum wirklich keine Veranlassung bestanden hatte, ihn nicht reden zu lassen.

Unger Arbeitsloser stammt angeblich aus Wuppertal, ist verheiratet, Vater von vier Kindern, steht anfangs der Dreißiger und gehört der katholischen Arbeiterbewegung an. Anfangs war es schrecklich für ihn, arbeitslos zu sein, ja er schämte sich sogar, als er hörte, daß „andere“ ihn als einen von denen, die zu faul zum arbeiten seien, bezeichnet hätten. Da habe er sich auf sich selbst besonnen, habe versucht, „positiv“ zu den Dingen zu stehen und das „Schicksalhafte“ seines Tuns bzw. Nichtstuns zu verstehen. Er sei sich klar geworden, daß er an diesem Schicksal nichts ändern und habe versucht, Leidensgenossen zu der gleichen „positiven“ Auffassung zu gewinnen. Er habe es als notwendig erkannt, Ablenkung von dem tatsächlich Unabänderlichen zu erreichen, und es sei für ihn ein Glück gewesen, daß er einen Schrebergarten erhalten habe. Es sei ihm geradezu als eine Offenbarung erschienen, als zum erstenmal in diesem Schrebergarten ein von ihm gezogenes kleines Stiefmütterchen aufgegangen sei! Seine Frau habe ihn zwar ausgelacht — von Stiefmütterchen konnte sie wahrscheinlich die hungrigen Mäuler ihrer vier Kinder nicht stopfen —, ihm aber sei aus all dem die Notwendigkeit geworden, von der „Bildungsseite“ her an die Arbeitslosen heranzugehen, was viel wichtiger sei als die versuchte Berufsumschulung, da ja die Arbeitslosigkeit allmählich alle Berufe ergriffen habe. Man müsse versuchen, „vom ganzen Menschen her“ an die Dinge heranzugehen, vor allem den Geist der gegenseitigen Hilfe der Arbeitslosen zu pflegen, weshalb in seinen Kreisen auch schon dazu übergegangen worden sei, alte Möbel aufzufrischen oder einfache Möbel selbst herzustellen, um so wenigstens das Wichtigste im Arbeiterleben: die materiellen Voraussetzungen für die Ehe, zu schaffen!

In seinen — katholischen — Kreisen habe

man daher auch sogenannte Werkwochen geschaffen, in denen Arbeitslose aus der Großstadt herausgenommen, in ländlichen Jugendherbergen untergebracht worden seien, um „geschult“ zu werden, um zu den wichtigen Problemen, wie da sind: Arbeiter und Persönlichkeit, Arbeiter und Ehe, Arbeiter und Arbeitermädchen „positiv“ Stellung zu nehmen. Auch hierdurch sei ein neuer Geist entstanden. Ihm selbst sei das Bewußtsein der schicksalhaften Zusammenarbeit innerhalb der Familie gekommen, als er bei einer solchen Gelegenheit, zum erstenmal in seinem Leben, Kartoffeln geschält und selbst sein Bett gemacht habe! Er habe sich vorgenommen, das auch zu Hause einmal zu versuchen, um seiner Frau zu helfen!

Der Ausfrager war etwas pessimistisch hinsichtlich der Allgemeinwirkung einer solchen eigenartigen „positiven“ Einstellung und fragte, wie es denn sei, wenn der Arbeitslose aus seinem achtstündigen „Urlaub vom Schicksal“ komme, wenn er wieder, weniger prosaisch ausgedrückt, stempeln gehen müsse. Aber unser Arbeitsloser meinte unentwegt, das Arbeitslosenschicksal lasse sich dann wieder leichter ertragen, denn die Schulungswoche habe ja versucht, trotz allem wieder an das Gute, Schöne, Edle in sich selbst zurückzufinden, und das müsse sich natürlich auch auswirken! Nur der Arbeitslose, der keine Aufgabe in sich und durch sich selbst mehr sehe, sei wirklich arm. Der Ausfrager glaubte, trotzdem er persönlich mit dem „Arbeitslosen“ sympathisierte, nicht daran, daß diese Erkenntnisse für die Massen Geltung hätten, aber unser Arbeitslose wußte auch hier „Positives“ zu sagen, denn er meinte, irgendwie müsse die Wirtschaft doch umgestaltet werden, aber das könne nur von Menschen erreicht werden, die den Glauben „an sich selbst“ nicht verloren hätten...

Man muß schon sagen, daß eigentlich einige Ueberwindung dazu gehören muß, sich und seiner Leidensgenossen so zu spotten, wie es dieser Parade-Arbeitslose getan hat. Man muß auch bezweifeln, ob diesen Menschen, wenn er überhaupt Arbeitsloser ist, die wirkliche Not schon so gepackt hat, daß er jegliches Gefühl für die Möglichkeit der Aenderung dieser Zustände verloren hat. Wenn er bei klarem Verstand das, was er gesagt hat, für allgemein gültige Erkenntnisse hält, dann wäre es schon richtiger, er ginge ins Kloster, um sich ins „unabänderliche“ Schicksal noch besser fügen zu können. Schließlich hat er das jedoch mit sich selbst abzumachen. Ein Skandal sondergleichen aber ist es, wenn damit dieser „unbekannte Soldat“ gewissenmaßen als einer aus dem Millionenheer angesehen werden konnte, und damit dessen Ansichten und Erkenntnisse als diejenigen der Mehrheit angesehen werden. Es muß der „Deutschen Welle“ — in deren Aufsichtsinanz ja Herr Ernst Heilmann von der SPD gesessen haben dürfte, wieder einmal zum Vorwurf gemacht werden, daß sie glaubt, hemmungslos in Volksverdrummung machen zu können. Wenn es ihr Ernst mit ihrer Ab-

sicht gewesen wäre, ihre Hörer „über die seelische Not der Arbeitslosen“ zu unterrichten, dann hätte sie geeignete Arbeitslose finden können, die dann aber wahrscheinlich etwas gesagt hätten, was weder der „Deutschen Welle“, noch Herrn Gröner gefallen hätte. Damit ist dieses heuchlerische Tun genügend charakterisiert. Karl Bauer.

„Kadetten“ „Hinter den roten Mauern von Lichterfelde“

Was für ein schöner, pathetischer Untertitel! Man dachte, eine Abrechnung mit Uniform und Märschen, eine Abrechnung mit Offiziersschnarren und Gefängnisleben zu sehen — mitnichten. Piefke geht aus dem Berliner Titania-Palast (wo die Uraufführung des Films stattfand) und denkt so vor sich hin: Eigentlich, schön wars „hinter den roten Mauern.“ Ja, und was geschieht? Ein wenig Don Carlos, ohne Marquis Posa: Ein Knabe liebt seine frisch angeheiratete Mutter (Tudor v. Molo, wunderhübsch in Grande Toilette). Sie, Gattin eines seriösen Kavalleriegenerals, wird auch von dem schneidigen Rittmeister begehrte, da sie aber eine anständige Frau ist — wie es in diesen Kreisen sich auch gehört — lehnt sie ab. Nebenbei, der Mann hat ein Benehmen! Doch das Gerede entsteht; der Knabe, Kadett, bricht nächtens aus, sucht den Rittmeister auf; Szele zwischens Männern. Mit welcher Verlogenheit wird gespielt! Am Morgen findet man den Rittmeister erschossen auf.

Natürlich ist der brave Kadett nicht der Mörder. Wie könnte er auch? Dann müßte Papa ja den Abschied nehmen, denn in der Armee... erlauben Sie mal!

Natürlich ist der Mörder ein sozial tiefer Stehender, der Bursche des Rittmeisters. Natürlich. Und da die hohen Herren am Ende alle wie die Engel dastehen, fühlt sich auch Piefke befriedigt. Piefke, der zur Klasse derjenigen gehört, die der Herr Rittmeister „Schweine“ zu jenenen pfliegte.

Der Regensent aber, der über diese Gefühle sich erhaben dünkt, fragt sich doch zweifelnd, ob die schöne Frau dann, nachdem der Vorhang gerollt ist, mit dem netten Kadetten, der endlich aus der Anstalt kommt — oder ob sie weiter mit ihrem alten General (Albert Bassermann, an manchen Stellen plötzlich sich zu großer Kunst aufschwingend), ehrlich und treu versauern wird.

Jetzt wollen wir ernsthaft sprechen: Dieser Film hätte die ins Männliche übersetzte und gesteigerte Parallele zu den herrlichen „Mädchen in Uniform“ sein können. Er hätte Piefkes Anschauungen von der Schönheit und der Lustigkeit und dem Schneid beim Soldatenstand korrigieren können. Statt dessen eine innerlich unerhliche, jeder Problematik ausweichende Darstellung einer Welt, die verherrlicht wird; verherrlicht, wo man endlich Larven und Attrappen herunterreißen müßte!

Auf den Militärfilm warten wir noch.

Melchior Douglas.

Wieder Radium!

Hoffnung für die Kranken?

Nach amerikanischen Meldungen fanden die Schürfanspektoren Gilbert La Bine und Shirley R. Graggy von der „Eldorado Mining-Gesellschaft“ bei Labine-Point am Großen Bärenssee (Kanada) ausgedehnte Lager von Pechblende, deren Gehalt an Radium dem der besten Minen der Radium-Belge im Kongo nicht nachstehen soll. Diese Gesellschaft besitzt die bedeutendsten Radiumlager der Welt und hat geradezu eine Monopolstellung inne. 1928 lieferte sie zwischen 30 und 50 g Radium, was ungefähr dem Gesamtjahresverbrauch der Welt entspricht. An zweiter Stelle standen die amerikanischen Carnotiterze, aber die Kosten der Radiumgewinnung aus diesem Erz waren unverhältnismäßig hoch. Es hieß zwar vor einiger Zeit, daß das Bureau of Mines ein verbessertes und verbilligtes Schwefelsäureverfahren für die Bearbeitung des Carnotits entwickelt habe, aber man hat nichts mehr davon gehört. Der Wert des Radiumgehalts der neu entdeckten Pechblendelager wird auf 30 000 Mark je Tonne geschätzt. Legt man den derzeitigen Weltpreis von 250 000 bis 270 000 Mark für das Gramm Radium zugrunde (auf der ganzen Welt gibt es nur 600, nach einer anderen Schätzung gar nur 250 g Radium), so käme man auf etwa 9 Tonnen für ein Gramm Radium. Nach einer anderen Angabe beträgt die Ausbeute $\frac{1}{1000}$ auf eine Tonne Erz; danach wären, da die amerikanische Tonne nur 907 kg wiegt, zur Gewinnung von 1 g Radium etwa über 10 Tonnen Pechblende notwendig. 20 Tonnen wurden bereits auf einen Mackenzie-Dampfer verladen, 40 Tonnen zur Verschiffung bereitgestellt. Die Unkosten der Förderung, des Transports und der Verarbeitung sollen sich in erträglichen Grenzen halten, so daß man glaubt, den Wettbewerb mit der Radium-Belge erfolgreich aufnehmen zu können. Sollte sich diese Meldung in allen ihren Konsequenzen bestätigen, so wäre das im Interesse der vielen Kranken, deren Leben von einer Radiumbehandlung abhängt, nur zu begrüßen. Bei den bisherigen wahn sinnigen Preisen ist es nun ganz großen Krankenhäusern möglich, sich Radiumvorräte zu kaufen, und auch dies nur in engen Grenzen. Es ist jedoch sehr fraglich, ob die neue amerikanische Konkurrenz einen praktisch ins Gewicht fallenden Rückgang des Radiumpreises bewirken wird. Nicht zweifelhaft ist dagegen, daß der Segen dieses Wunderstoffes der Menschheit nur dann vollkommen zugute kommen wird, wenn man seine Gewinnung und Verteilung unabhängig von Rentabilitätsprinzipien von Staats wegen durchführt. Aber das ist im Kapitalismus nicht zu erwarten... .

Kleines Feuilleton

Buster Keaton und die Berliner Kinder

Auf dem Kabelwege hat der bekannte amerikanische Filmschauspieler und Artist Buster Keaton veranlaßt, daß armen Berliner Kindern als Weihnachtsfreude einer seiner Filme vorgeführt wird. Die Karten dieser Vorstellungen, die in Berlin-Neukölln, ferner im Friedrichshain, am Moritzplatz, am Bülowplatz und im Norden stattfinden, werden vom Provinzial-Schulkollegium zur Verteilung gebracht.

Maria Leitner
HOTEL AMERIKA

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

5. Fortsetzung

„Ich habe Ihnen schon gesagt, ich will dieses bestimmte gesellschaftliche Ereignis von der Hintertreppe aus sehen.“

Alex überlegt schnell. Was will eigentlich der Bursche? Juwelen stehlen? Armer Mensch, der würde seine Enttäuschungen erleben. Auf jeden Gast kommt ein Detektiv und auf jeden Kellner kommen zwei. Da könnte er schon leichter Juwelen auf der Fifth Avenue klauen. Andererseits: Unannehmlichkeiten könnte ich ja doch nicht haben, wenn ich ihn auch wirklich einschmuggelte; ich wußte schon, wie ich mich ausreden würde. Und es würde ihm schon Hören und Sehen vergehen, wenn ihn unsere „Kapitäne“ hin und her kommandieren.

Er läßt seine Augen über Herrn Fish auf- und abwandern.
„Mein Herr, Sie glauben, es ist so leicht, im Hotel Amerika als Kellner eingestellt zu werden. Ich bin nicht eingebildet, aber sehen Sie sich mal meine Figur an, sehen Sie sich mein Profil an. Wer Kellner im Hotel Amerika werden will, noch dazu Aushilfskellner bei einer erstklassigen Hochzeit, der muß über ein tadelloses Äußere verfügen, mein Herr. Ein Tenor kann einen Bauch haben, ein Liebhaber auf der Bühne krumme Beine, aber ein Kellner im Hotel Amerika muß aussehen, daß die Leute Appetit bekommen, wenn sie ihn erblicken. Wenn Sie nur eine Pastel haben, schicken Sie der Ober nach Hause.“
Der Kerl ist unerschämte, denkt Herr Fish.

Aber er läßt sich auf keine weitere Diskussion mehr ein.

„Also hören Sie, Sie leihen mir heute abend Ihren Frack, Ihre Nummer und Ihre Arbeitskarte. Ich wette, keiner wird merken, daß ein anderer Kellner zur Arbeit angetreten ist. Trotz Ihres vollkommenen Profils. Machen Sie sich also keine Sorgen.“

„Mein Herr, Sie denken, Sie können nur so ohne weiteres über mich verfügen, das Ganze muß noch genau überlegt werden. Wie soll es sich mit meinem entgangenen Vermögen verhalten?“

„Wieviel pflegen Sie an solchem Abend einzunehmen?“

„Na ja, 25 Dollar ist das wenigste“, der „schöne Alex“ ist der Meinung, daß es nichts schaden kann, wenn er seine Verdienstmöglichkeiten vergrößert — „multiplizieren“ wir diesen Betrag mit sechs und dann will ich noch über die Angelegenheit nachdenken.“

„Sie wollen mich ganz ausplündern?“

„Wir brauchen über die Sache ja nicht weiter zu reden.“

„Also mit vier.“

„Mit fünf oder ich spreche kein Wort mehr.“

Der „schöne Alex“ sieht Zahlen vor seinen Augen. Eintausenddreihundertfünfundsiebzig Dollar hat er auf der Sparkasse, kämen heute abend noch die hundertfünfundzwanzig Dollar dazu, so hätte er rund eintausendfünfhundert. Die Hälfte der Summe, die er unbedingt haben will. Mit dreitausend Dollar könnte er in der

81. Straße schon etwas anfangen, aber wann wird er so weit sein? Auf der Sparkasse hat er erst eintausenddreihundertfünfundsiebzig, das sind sechs Jahre Bücklinge, das sind Geschirrwäschen in einem schmutzigen Lokal in Cherry Street, Nachtarbeit in einer Matrosenkneipe in Hoboken, vierzehn Stunden Arbeit bei vierzig Grad Wärme in einem Seebad. Das ist Schöntun bei der Witwe Lohengreen, das sind Entzagen an freien Tagen, das sind schmutzige kleine Dienste, die schlecht bezahlt werden. Ein Sparkassenbuch über ein tausenddreihundertfünfundsiebzig Dollar, das er braucht dreitausend. Zum Teufel auch, es wäre Zeit, da... auch er einmal Glück hätte!

„Mit vier“, sagt Herr Fish, der schon viel auf eine Karte gesetzt hat. „Sie bekommen Ihr Geld, wenn Sie mir die Arbeitskarte und die Uniform übergeben. Was tragen sie überhaupt für einen Frack?“

„Mit fünf. Dabei bleibt es. Der Frack hat eine dünne Silberborte unter dem Aufschlag. Aber für ihn und die Arbeitskarte müssen Sie extra ein Pfand hinterlassen.“

„Man muß es Ihnen lassen, Sie verstehen sich auf Geschäfte.“

„Es bleibt also dabei, mein Herr, wenn Sie meine Hilfe unbedingt in Anspruch nehmen wollen — und vergessen Sie nicht das Pfand. Kommen Sie heute abend zu mir. Hier ist meine Adresse. Sie können sich bei mir ankleiden und ich werde Sie ein wenig abrichten, denn ein perfekter Kellner sind Sie nicht, ich habe gute Augen für so was. Ja, und was ich fast vergessen hätte: können Sie auch etwas Französisch parlieren? Wir Kellner, versteht sich, dürfen bei einer so feinen Gesellschaft nur französisch sprechen.“

„Auch darüber brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Ich war drüben mit der Armee, habe geholfen, Ordnung zu schaffen, hehe.“

„Na, dann ist ja alles in Ordnung.“

„Möglicherweise aber werde ich Ihre Dienstzeit einmal benötigen. Ich bereite mich nur auf alle Fälle vor, Sie werden

natürlich auch dann entschädigt, beruhigen Sie sich. Nur müßten Sie in dem Fall allerdings doch heute abend arbeiten.“

3.

Heinrich Klüter aus Hamburg und Fritz Globig aus Berlin sitzen im Vorzimmer des „Timekeeper“ („Zeithalter“), des Mächtigen, der darüber zu entscheiden hat, wer in das Hotel Amerika zur Arbeit aufgenommen werden kann.

„Nur keine Bange“, sagte Heinrich Klüter zu seinem Freund.

Aber die hat ja Fritz gar nicht, obgleich er auf Arbeit wartet wie ein Hund auf ein Stückchen Knochen. Er ist mager und schlecht in Schale, und er hat die Erfahrung gemacht, daß solche Arbeitskräfte nicht gerade begehrte sind.

„Sie sind zu schwach“, diesen Satz bekam er immer wieder zu hören, als er nach seiner Krankheit, die ihn stark abgezehrt hatte, auf die Arbeit suchte.

„Sie sind zu schwach.“ Das bedeutet: Du kannst ruhig verhungern, mein Lieber, aus dir kann man doch nicht viel Arbeit herauspressen! Ja, er hat eine scheußliche Zeit hinter sich. Im Anfang wollte er nicht daran glauben, daß sich keine Arbeit für ihn finden würde.

Den ganzen Tag lief er die 6. Avenue auf und ab. Man hätte meinen können, daß hier die Arbeit einfach auf Stellungsuchende warte. Eine Agentur neben der anderen. Ganze Häuser vollgeklebt mit Zetteln, kleinen weißen Zetteln: Koch gesucht, Geschirrwäscher gesucht, Portier gesucht, Hausdiener gesucht. Am ersten Tag war Fritz mächtig begeistert von diesen vielen Zetteln, die alle Arbeit anboten. Aber oben in den Agenturen verlangten sie überall erst Geld. Leicht gesagt, — von wo hätte er Geld hernehmen sollen. Er versuchte das Herz der Vermittler zu erweichen, versprach, später das Doppelte zu zahlen. Aber die hatten wohltrainierte Ohren.
„Nicht zu machen, mein Junge.“

(Fortsetzung folgt.)

Spinnerei Delmenhorst legt still

Belegschaft zum 6. Januar gekündigt
TU. Delmenhorst, 22. Dezember.

Der Gläubigerausschuss des Nordwolle-Konzerns hat beschlossen, das Werk Delmenhorst stillzulegen, das 1800 Arbeiter und Angestellten Verdienst und Arbeit gab. Es handelt sich um die Spinnerei Delmenhorst, das beste Werk des Konzerns, das in guten Zeiten rund 400 Arbeiter und Angestellte beschäftigte.

In Auswirkung des Stilllegungsbeschlusses ist den Arbeitern zum 6. Januar 1932 gekündigt worden, während die schon vor einigen Monaten aufgekündigten, dann aber von Monat zu Monat verlängerten Verträge mit den Angestellten nunmehr nicht erneuert worden sind.

Der Oberbürgermeister von Delmenhorst hat bereits Verhandlungen eingeleitet, um eine Milderung der Kündigung herbeizuführen.

Einzelhandelsumsätze

1931 um 3 1/4 Milliarden RM gesunken

Die Forschungsstelle für den Handel in Berlin berechnet laufend die Entwicklung der Umsätze im Einzelhandel. Fürs erste Halbjahr hatte sie gegen 1930 einen Rückgang um 12,2 Prozent ermittelt; dieser Satz ist bis zum Oktober ziemlich gleich geblieben; im November war der Rückgang stärker, etwa 13 bis 14 Prozent, und im jetzigen Monat dürfte der Umsatz infolge des Weihnachtsgeschäfts mit einem etwas geringeren Verlust wohl abschneiden.

Das heißt also, daß 1931 die Umsätze gegen 1930 um insgesamt etwa 12-13 Prozent oder um 3 1/4 Milliarden auf nur noch 27 1/4 Milliarden RM abgesunken sind. Dieser Umsatzverlust könnte allein im Handel rund hunderttausend Verkäufern Arbeit geben; die Produktion dieser nicht umgesetzten Waren gäbe weiteren Hunderttausenden Arbeit, die die Waren mit ihrem Lohn kaufen könnten.

Aber: Man senkt die Löhne trotz aller Versprechungen nicht nur nominell; man droßelt die Kaufkraft und wirft dadurch weitere Proletarier-Massen auf die Straße. Das nennt dann der Kapitalismus planmäßige Rettung aus der Krise. Im nächsten Jahr werden die Umsätze im Handel kräftig weiter-sinken; dann wird kein Teil, auch nicht die Konsum-Bewegung, verschont bleiben, wenn sich erst die notverordnete Lohnsenkung fühlbar machen wird.

Nazis werden freigesprochen

Eberswalde, 22. Dezember.

Das erweiterte Schöffengericht Eberswalde sprach am Mittwoch 13 Nationalsozialisten, die wegen Landfriedensbruch angeklagt waren, frei.

Der Anklage lag folgender Vorgang zugrunde: Am 15. August fand in Wriezen eine politische Auseinandersetzung statt, wobei Nationalsozialisten in eine Schlägerei mit Kommunisten gerieten. Bei diesen Vorfällen wurde ein Nationalsozialist vermisst, der sich seitwärts in die Büsche geschlagen hatte. Die Nationalsozialisten begannen darauf wild zu toben. Bei dem Tumult wurde eine Tür und zwei Fensterscheiben eingeschlagen.

Der Antrag des Staatsanwalts lautete in einem Fall auf sechs Monate Gefängnis wegen schweren Landfriedensbruches, in den anderen Fällen auf drei und vier Monate wegen einfachen Landfriedensbruch.

Weniger Arbeitslose in England

London, 22. Dezember

Wie das Arbeitsministerium mitteilt, belief sich die Zahl der Arbeitslosen am 14. Dezember auf 2 572 602, das ist 54 722 weniger als in der Vorwoche und 273 010 mehr als im Vorjahr.

Blutiger Streik in Schanghai

(TU.) Schanghai, 23. Dez.

Hier sind 7000 Arbeiter der Baumwollindustrie und der britisch-amerikanischen Arbeitgesellschaft in den Streik getreten. Die Arbeiter, die eine Lohnerhöhung um 20 v. H. fordern, versuchten, die Fabrikräume zu erstürmen, wurden aber von der Polizei zurückgetrieben. Drei Arbeiter wurden dabei getötet und 15 schwer verletzt. In dem Fabrikbezirk ist das Standrecht verhängt worden.

Hoover-Moratorium endlich gesetzlich

Auch der Senat ratifiziert

Washington, 22. Dezember

Der Senat hat das Hoover-Moratorium mit 69 gegen 12 Stimmen ratifiziert.

Die vom Repräsentantenhaus beschlossene Zusatzklärung, die sich gegen künftige Revision oder Annullierung der Kriegsschulden wendet, wurde vom Senat ohne jede Erörterung gebilligt. Die Moratoriumsvorlage hat damit Gesetzeskraft erhalten.

Im Verlauf der Sitzung wurde ein Ergänzungsantrag, in dem die Revision des Versailler Vertrages als Vorbedingung des Schuldenjahres gefordert wurde, vom Senat abgelehnt.

Durch den Spruch des Reichsgerichts:

Bürger Ebert gerettet

Er hat Schaden von der Kaiserlichen Kriegsmacht abgewendet

Berlin, 22. Dezember 1931.

Den deutschen Republikanern ist großes Heil widerfahren. Vom Reichsgericht zu Leipzig. Dieses streng verfassungsmäßige hohe Gericht hat den Republikanern zur Freude den Ehrenschild des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert blankgeputzt, auf den dumme Frevler ihren Dreck gespritzt haben, indem sie die alte Behauptung wiederholten, daß Ebert dadurch, daß er im Januarstreik 1918 in die Streikleitung ging, Kriegs- und Landesverrat geübt habe.

Das Reichsgericht hat nun letztinstanzlich in einem Beleidigungsprozeß Eberts Rolle im Januar 1918 noch einmal nachgeprüft und ist dabei zu den folgenden Ergebnissen gelangt:

„Es kommt auf die Frage an, ob der Eintritt Eberts in die Streikleitung im Januar 1918 für das Reich vorteilhaft war oder nicht. Eberts Eintritt in die Streikleitung sei aber für das Wohl des Reiches günstig gewesen. Dies könne man durchaus von einem Arbeiterführer sagen, der während eines Krieges in die Leitung eines von radikalen Elementen angezettelten, von ihm an sich nicht gebilligten Streiks eintrete. Denn Ebert habe dies mit der Absicht getan, wieder Einfluß auf die von radikalen Elementen aufgehetzten Arbeiter zu gewinnen, sie zur Besonnenheit zu ermahnen und ein möglichst rasches Ende des Streiks herbeizuführen.“

Man könnte auch dann nicht den Vorwurf des Kriegs- und Landesverrats er-

heben, wenn Ebert zunächst gewisse, den Streik fördernde Maßnahmen, die er angesichts der Ueberzahl der radikalen Elemente in der Streikleitung nicht verhindern konnte, durchgehen ließ, um nicht von vornherein seine Ausschaltung herbeizuführen.

Es kommt nur darauf an, daß er bei allen seinen Maßnahmen das Endziel im Auge behält, von der deutschen Kriegsmacht größeren Nachteil, besonders auf eine Ausartung der Streikbewegung in eine revolutionäre Bewegung abzuwenden. War aber das Gesamtverhalten Eberts von diesem Ziel beherrscht, so fehlt das Bewußtsein und der Wille einer Benachteiligung des Deutschen Reiches, und ein Vorwurf kann nicht erhoben werden.“

Das Urteil des Reichsgerichts sichert also Eberts bürgerliche Reputation. Darüber wollen wir uns mit den Republikanern freuen. Wir sind mit ihnen und dem Reichsgericht einmal wenigstens der gleichen Meinung, daß Eberts Streben im Januar 1918 dahin ging, „wieder Einfluß auf die von den radikalen Elementen aufgehetzten Arbeiter zu gewinnen“ und „daß er bei allen seinen Maßnahmen das Endziel im Auge behält, von der deutschen Kriegsmacht größeren Nachteil, besonders von der Ausartung der Streikbewegung in eine revolutionäre Bewegung abzuwenden...“

Das ist ganz und gar eine These, die sich das Reichsgericht aus den Herzen der revolutionären Arbeiter geholt hat. Wir erkennen das voll Dank an.

Kämpfende Einheitsfront in Danzig

Zu dem bereits von uns gemeldeten Ergebnis des Danziger Volksbegehrens wird uns von einem Danziger Genossen das Folgende geschrieben:

In der SAZ wurde schon öfters auf die Danziger Sozialdemokratische Partei hingewiesen, die als erste und einzige Provinzorganisation (die sie trotz der staatlichen Trennung Danzigs vom Reich praktisch ist) sich von der verhängnisvollen reichsdeutschen Linie losgelöst und eine Taktik eingeschlagen hat, die der deutschen geradezu entgegengesetzt ist. Diese Partei hat es fertiggebracht, das unfähige Reichsbanner aufzulösen zu lassen, um einen sozialistischen Schutzbund zu gründen. Sie hat die meisten der verantwortlichen Männer der letzten, verunglückten Linkskoalition aus dem politischen Leben ausgeschaltet und ihnen kein Parlamentsmandat mehr anvertraut. Sie hat die Gewerkschaften revolutioniert gegen die brutalen Lohnkürzungen des Nazi-Regimes. (Erst jetzt wieder lehnten sie den Schiedsspruch des Oberschiedsausschusses einstimmig ab, der für Gemeinde- und Staatsarbeiter eine Lohnkürzung von 21 Prozent vorsah.)

Die Sozialdemokratische Partei Danzigs wurde zur Führerin des Danziger Proletariats. Dutzende von Proletariern flogen ins Gefängnis. Das Presseorgan wurde verboten und die Redakteure zu Gefängnisstrafen verurteilt. Der Arbeiterschutzbund wurde aufgelöst. Die Partei hat alles ertragen. Sie kämpft weiter. Sie hat, was das Wichtigste ist, einen neuen Geist in die Arbeitermassen getragen, der in Deutschland fehlt, den Geist der proletarischen Solidarität.

So war es ihr möglich, eine Einheitsfront mit der KPD zu bilden, um den Faschismus

zu überwinden. Gewiß, diese Ehe ist nicht so ideal ausgelaufen. Und auch während des gemeinsamen Kampfes für das Volksbegehren fehlte es nicht an gehässigen Anwürfen und peinlichen Zwischenfällen. Immerhin: das ist Sache des Apparats. Die KPD- und SPD-Arbeiter aber haben diese trennende Grenze überschritten, um zusammen zu kämpfen für das Rote Volksbegehren.

Der Erfolg dieser gemeinsamen Aktion zur Volktagesauflösung ist überwältigend, wenn auch trotzdem nicht zu überschätzen. 47 566 Personen — das sind rund 21,35 Prozent aller Wahlberechtigten — trugen sich in die Listen ein, obwohl zum Erfolg nur 10 Prozent aller Wähler (also rund 22 000 Einzeichnungen) nötig waren. Das Volksbegehren wurde also mehr als doppelt überzeichnet. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als die beiden Arbeiterparteien überhaupt keine Propaganda führen konnten.

Erstaunlich ist das Ergebnis in Kahlbude. In diesem Ort fanden Zusammenstöße zwischen Schutzbund und SA statt, die zur Auflösung des Schutzbundes führten. Hatten SPD und KPD bei der letzten Volkstagswahl hier 47 Stimmen, so trugen sich für das Volksbegehren 114 Personen ein, d. h. die Hälfte des ganzen Dorfes, um der Naziregierung die entsprechende Quittung zu geben...

Mit eiserner Konsequenz ergibt sich aus diesem Volksbegehren, daß die Tolerierungspolitik der reichsdeutschen Partei ein Verhängnis für die gesamte Arbeiterschaft ist und daß die Einheitsfront des Proletariats wohl möglich ist und als einzige erfolgversprechende Lösung im Kampf gegen den Faschismus erscheint!

Das Kapital formiert seine Armee

Die Fonds des Ministers Treviranus

ZN. Berlin, 22. Dezember

Im deutschen Bürgerkriegslager werden innerhalb der Führerschaft Umgruppierungen und Zusammenlegungen von Interessen vorgenommen. Die Streitigkeiten zwischen Herrn Hitler und seinem früheren Berliner SA-Führer, Herrn Stennes, sollen beigelegt werden, um die Berliner Sonderorganisation der Herren Otto Strasser, Buchrucker und Stennes, die Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft, wieder zur NSDAP und SA zurückzuführen. Hierbei sind die Hauptvermittler der Münchner Anwalt des Herrn Hitler, Herr Frank II, einerseits und der Kapitän a. D. Ehrhardt andererseits. Herr Stennes, der schon seit Monaten von ihm Geld bezieht, genau wie Herr Otto Strasser, ist nämlich zu dessen „Gefolgschaft“ getreten, der vor 14 Tagen gegründeten neuen Organisation, die eine Umgründung der alten Formationen, OC und Wiking, darstellt und in der Hauptsache aus deren Personenstand und dem der beiden engeren „Kreise“ des Herrn Ehrhardt formiert ist.

Herr Ehrhardt kann sich jedoch dabei mit der Erwartung schmeicheln, Herrn Hitler zu seinen eigenen politischen Ideen zu gewinnen. Herr Ehrhardt ist seit einigen Jahren französischenfreundlicher geworden, seit ihm in Frankreich gesagt worden ist, man werde nichts gegen die deutsche Aufrüstung haben, wenn man politische Garantien für deren Verwendung bekomme. Schon sah sich Herr Ehrhardt als einen der Führer dieser Armee. Herr Hitler war bis dahin noch antifranzösisch. Inmerhin konnte man

ihn zu antibolschewistischen Reden veranlassen, durch die die SA dem westlichen Kapitalismus als innere und äußere Kampftruppe angeboten wurde, und da es sich dabei um Verkündungen des künftigen deutschen Reichschefs handelte, sollte das auch für die übrigen Machtmittel, d. h. die Reichswehr, gelten. Aber kurz danach entgleiste Herr Hitler wieder, indem er auch gegen den Erbfeind Frankreich in Worten loszog. Man veranlaßte ihn zum Untertauchen auf einige Zeit, und er reiste am Montag unvorhergesehen früh aus Berlin ab. Wenn er zurückkommt, wird er sich den Ideen des Herrn Ehrhardt notwendig genähert haben.

Denn dieser macht nun den Versuch, oder vielmehr, es wird auch von Amtspersonen der Versuch gemacht, die jetzigen größten Geldgeber der Nationalsozialisten in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie dazu zu bewegen, künftig mit Herrn Ehrhardt in diese finanzielle Verbindung zu treten. Da Herr Ehrhardt schon durch den Mann seiner Gefolgschaft, seinen früheren Adjutanten Herrn Kautter, in dieser Verbindung mit Herrn von Bruck steht, der in der Fertigungsindustrie die gleiche Rolle spielt wie früher Herr Hugenberg in der Schwerindustrie, da er neuerdings durch Vermittlung des Herrn Arnold Reckberg auch Kaligelder bezieht, da er vor allem über die Fonds des Reichsministers Herrn Treviranus

verfügt, ist er heute der ausschlaggebende Mann in der deutschen Bürgerkriegsarmee, die Herr Brüning mit aller Kraft seinem Einfluß dienstbar zu machen sucht.

Ungarns Bankrott-Erklärung

Budapest, 22. Dezember.

Was wir bereits vor einigen Tagen als bevorstehend melden konnten, ist nun eingetreten. Die ungarische Regierung hat heute angekündigt, Ungarn werde in den kommenden zwölf Monaten die in diesem Zeitraum fälligen Auslandsschulden, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht in fremden Zahlungsmitteln, sondern in Pengö tilgen. Die Zahlungen werden jedoch nicht direkt zu Händen der Gläubiger erfolgen, sondern vielmehr einem von der Ungarischen Nationalbank verwalteten Fonds zugeleitet werden, aus dem die ausländischen Forderungen im Einvernehmen mit dem von der BIZ der Ungarischen Nationalbank zugeteilten Beirat und unter Anhörung des Vertreters der betreffenden Gläubiger honoriert werden. Die Regierung strebt außerdem hinsichtlich der privaten kurzfristigen Anleihen sechsmonatige Stillhalteabkommen an.

Bemerkenswerte Ehrung für Briand

Sozialistische Partei stellt keinen Gegenkandidaten

Paris, 22. Dezember

Die Parteileitung der Sozialistischen Partei in Nantes hat am Montag beschlossen, bei den kommenden Kammerwahlen dem französischen Außenminister Briand keinen Gegenkandidaten gegenüberzustellen. Der Außenminister habe sich so um den Frieden verdient gemacht, daß alle republikanischen Parteien ihre Stimme auf ihn vereinigen müßten.

Unabhängigkeit der Mandschurei erklärt

Moskau (über Kowno), 23. Dezember

Nach einem sowjetamtlichen Bericht aus Mukden hat dort eine Beratung aller nach dem japanischen Einmarsch eingesetzten neuen Provinzregierungen in der Mandschurei stattgefunden. Die Konferenz beschloß, eine „Unabhängige föderative mandchurische Republik“ zu proklamieren.

Chinesischer Protest gegen Frankreich

wegen Ueberschreitung der Grenze

Moskau (über Kowno), 23. Dezember

Nach Meldungen der sowjetamtlichen Telegraphenagentur aus Kanton hat die Kantoner Regierung bei dem französischen Konsul einen offiziellen Protestschritt wegen der Ueberschreitung der chinesischen Grenze durch französische Truppen unternommen. Chinesische Zeitungen heben hervor, daß der Grenzübertritt indochinesischer Truppen auf Grund eines Geheimabkommens Frankreichs mit Japan erfolgt sei.

Japanische Bomben auf Tschintschau

Moskau (über Kowno), 23. Dezember.

Nach einer russischen Meldung aus Tokio haben japanische Bombenflugzeuge am Dienstag Tschintschau bombardiert. Die Japaner warfen 23 Bomben ab. Die Verluste der Chinesen werden als erheblich bezeichnet.

Baldige Auflösung des japanischen Parlaments

London, 23. Dezember

Die Aufrufe der Parteiführer in Japan, die vor dem Zusammentritt des Parlaments herausgegeben wurden, lassen, wie der „Daily Telegraph“ meldet, auf eine baldige Auflösung des Parlaments schließen. Man erwartet, daß die Auflösung Ende Januar stattfinden wird.

Die neue konservative Regierung ist bekanntlich rein parteimäßig eine Minderheitsregierung. Nun nimmt man das in Japan nicht so genau, zumal wahrscheinlich ein größerer Teil der sog. liberalen Minscoto-Partei nicht die Absicht haben wird, Opposition zu machen. Neuwahlen in Japan werden sich kaum von „Wahlen“ unterscheiden, wie wir sie in einigen Balkanstaaten kennen.

Im Land des Wirtschaftswunders

New York, 22. Dezember

Nach einer Meldung aus Chicago würde den Mitgliedern der amerikanischen Eisenbahngewerkschaften eine förmliche Kündigung mit 30 Tagen Frist zugestellt, falls sie sich nicht mit einem Lohnabbau von 15 vH einverstanden erklären. Von dieser Herabsetzung werden Hunderttausende von Eisenbahnern betroffen.

Der 100. Geburtstag der Zigarette

Die Zigarette feiert heuer ihren 100. Geburtstag. Wie es heißt, sollen ägyptische Truppen bei der Eroberung von Akka, in Ermangelung von Pfeifen, den dort vorgefundener Tabak in Papier gehüllt haben. Durch dieses Beispiel angeregt, habe sich darauf die Zigarettenindustrie entwickelt.

